



EU-Informationen aus Brüssel

vom 08. Mai. 2024





Inhaltsverzeichnis

GTA Standpunkte für eine umsichtige EU-Politik	3
EU-Wahlen 2024: Weichenstellung für Europas Zukunft	4
Enrico Letta Bericht: Zukunft des EU-Binnenmarktes	6
ETAF	7
Philippe Arraou als ETAF-Präsident bestätigt	7
ETAF-Frühjahrskonferenz: Steuerpolitik der nächsten Kommission	9
ETAF präsentiert Manifest zur Europawahl 2024	11



GTA Standpunkte für eine umsichtige EU-Politik

Mit Blick auf die Europawahlen 2024 haben die German Tax Advisers (GTA) ihre Strategie und Kernforderungen für die EU-Politikgestaltung für die Jahre 2024 bis 2029 [präsentiert](#). Mit diesen Positionen möchten die GTA sicherstellen, dass die Anliegen des Berufsstands angemessen in der europäischen Politikgestaltung Berücksichtigung finden. Mit einem klaren Bekenntnis zu den Werten der EU bekräftigen die GTA ihre wichtige Rolle in der Gestaltung der EU-Steuerpolitik und der Wahrung des Berufsrechts.

Das Positionspapier listet fünf Kernforderungen auf. Die GTA setzen sich unter anderem für die dauerhafte Anerkennung und Verankerung der in der nationalen Rechtsordnung verwurzelten Berufsrechte im europäischen Binnenmarkt ein. Die unterschiedlichen Berufsrechte in der EU sollten respektiert werden, wobei deutsche Steuerberater aufgrund ihrer besonderen berufsrechtlichen Stellung als Rechtsberufe anerkannt werden sollten.

Zusätzlich betonen die GTA die Bedeutung der hohen Qualität der Steuerberatung in Deutschland und warnen vor den Risiken, die deregulierende Marktöffnungen mit sich bringen können. Sie fordern Maßnahmen zur Sicherstellung, dass solche Marktöffnungen die Qualität der Dienstleistungen nicht beeinträchtigen. Die korrekte Anwendung und Anerkennung des „Legal Professional Privilege“ auf EU-Ebene ist für die GTA von zentraler Bedeutung. Sie fordern, dass dieses Rechtsprivileg auch auf Steuerberater ausgedehnt wird.

Entschieden lehnen die GTA eine negative Charakterisierung von Steuerberatern als „Enabler“ aggressiver Steuerplanung ab. Sie fordern eine klare Kommunikation und Maßnahmen, um dieses Missverständnis auszuräumen. Ein weiterer Schwerpunkt der GTA ist die Fortführung des Bürokratieabbaus in der EU, um Wachstum und die Unterstützung von KMUs zu fördern. Die GTA unterstützen Initiativen, die darauf abzielen, unnötige regulatorische Belastungen zu minimieren und effiziente, digitale Lösungen für Unternehmen zu fördern.



EU-Wahlen 2024: Weichenstellung für Europas Zukunft

Vom 6. bis 9. Juni 2024 finden die nächsten EU-Wahlen statt, bei denen die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt gewählt werden. Für die Legislaturperiode 2024–2029 hat der Europäische Rat beschlossen, die Anzahl der Sitze von 705 auf 720 zu erhöhen.

Diese Wahlen sind entscheidend, da sie die Zusammensetzung der Europäischen Kommission und die zukünftige EU-Politikgestaltung wesentlich beeinflussen. Die Abgeordneten gehören dem EP nicht nach Nationalität, sondern nach politischer Zugehörigkeit an. Die politische Gruppe mit den meisten Mitgliedern wird voraussichtlich die Präsidentschaft des Europäischen Parlaments übernehmen, welche für zweieinhalb Jahre vergeben wird und erneuerbar ist. Eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments ist es, die Präsidentin bzw. den Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen. Basierend auf den Wahlergebnissen schlagen die Mitgliedstaaten hierfür einen Kandidaten/eine Kandidatin vor; das Parlament muss diesen mit absoluter Mehrheit bestätigen.

Politische Trends zeigen, dass die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokraten (S&D) an Unterstützung verloren haben, was auf eine Verschiebung hin zu kleineren oder extremistischeren Parteien in Europa hindeutet (siehe Schaubild unten: Aktuelle Wahlprognosen zur Europawahl). Trotzdem bleibt die EVP voraussichtlich die größte Fraktion im Parlament und wird weiterhin einen wesentlichen Einfluss auf die politische Agenda und die Wahl des nächsten Kommissionspräsidenten ausüben.

In der Europäischen Union nehmen die politischen Parteien unterschiedliche Positionen in Bezug auf Steuer- und Binnenmarktpolitik ein. Die Europäische Volkspartei (EVP) verfolgt eine unternehmensfreundliche Politik mit dem Ziel, Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Zudem setzt sie sich für eine Reduzierung der regulatorischen Lasten ein.

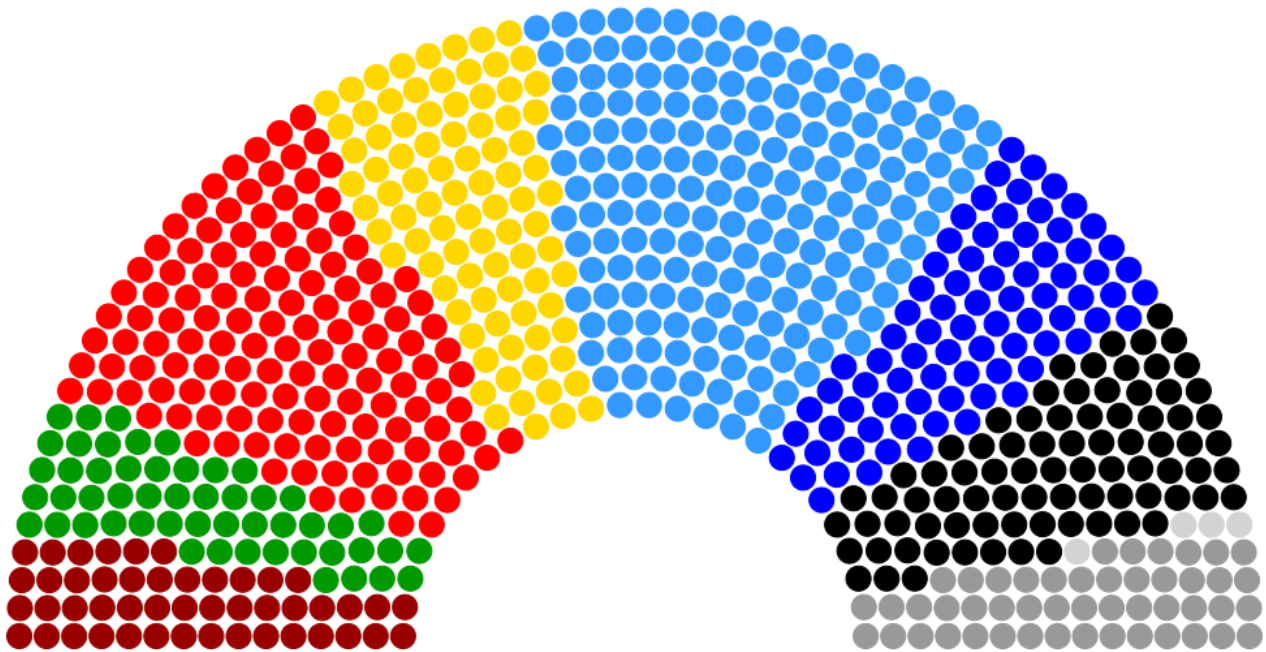
Die Sozialdemokratische Partei Europas (PES) plädiert für eine wirksame Besteuerung von Unternehmen, Marktlagengewinne sowie von Kapital, Finanztransaktionen und hochvermögenden Personen und unterstützt die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsabstimmung auf spezifische steuerliche Angelegenheiten.

Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) möchte gleiche Bedingungen in der Besteuerung von Unternehmen sicherstellen und gleichzeitig die nationalen Rechte auf Besteuerung



wahren. Sie setzt sich für die Vereinfachung der Steuererklärung und die Implementierung der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (CCCTB) ein. ALDE priorisiert auch den Abbau administrativer Belastungen durch das „ein Markt, eine Regel“-Prinzip.

Die Europäische Grüne Partei (EGP) argumentiert für eine EU-weite Vermögenssteuer, um Ungleichheit zu bekämpfen und den „Green Deal“ zu finanzieren. Sie möchte ein Mindestniveau für die Kapitalertragssteuer in der EU etablieren, um die steuerliche Last von Arbeitnehmern zu reduzieren und drängt auf eine europäische Finanztransaktionssteuer. Die EGP fordert auch, die EU-Übergewinnsteuer auf Energieunternehmen dauerhaft zu etablieren und befürwortet die Einführung der qualifizierten Mehrheitsabstimmung bei Steuerangelegenheiten.


European Parliament Group

	2019 election	March 2024 Projection	Change
● The Left group in the European Parliament - GUE/NGL (LEFT)	41	47	+6
● Group of the Greens/European Free Alliance (Greens/EFA)	74	52	-22
● Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats in the European Parliament (S&D)	154	135	-19
● Renew Europe Group (RE)	108	87	-21
● Group of the European People's Party (Christian Democrats) (EPP)	182	184	+2
● European Conservatives and Reformists Group (ECR)	62	81	+19
● Identity and Democracy Group (ID)	73	82	+9
● Unaffiliated parties	0	4	+4
● Non-Inscrits (NI)	57	48	-9

Latest update by Europe Elects: 29 April 2024

(Aktuelle Wahlprognosen zur Europawahl, Europe Elects, 29.April. 2024)



Obwohl die Steuerpolitik hauptsächlich nationale Zuständigkeit ist, zeigt die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für Steuerfragen (FISC) im Parlament, dass der Einfluss der EU auf Steuerangelegenheiten stetig zunimmt. Dies betrifft insbesondere den Kampf gegen Steuerbetrug und die Förderung von Steuertransparenz. Die EU-Wahlen 2024 sind somit entscheidend für die politische und steuerliche Zukunft der Europäischen Union. Die BStBK wird die Entwicklungen weiterhin genau beobachten und sich einbringen, um die Interessen der Steuerberater und ihrer Mandanten auf europäischer Ebene zu vertreten.

Enrico Letta Bericht: Zukunft des EU-Binnenmarktes

Am 30. Juni 2023 gaben die Staats- und Regierungschefs der EU einen „High-Level-Report“ zur Zukunft des Binnenmarkts in Auftrag, der mit Blick auf die EP-Wahlen und die EU-Politik der nächsten fünf Jahre (2024 – 2029) bis März 2024 fertiggestellt werden sollte. Mit der Erstellung wurde der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta beauftragt, der den Bericht nun am 17. April 2024 vorgestellt hat. Die Kernempfehlungen des Berichts zielen darauf ab, den Binnenmarkt in den Bereichen Steuern, Digitales und Berufsrecht zu stärken.

Die Fragmentierung des Steuerrechts innerhalb der EU wird als administrative Bürde angesehen, die zu wirtschaftlichen Verzerrungen führt. Ein harmonisierter Ansatz zur Besteuerung ist entscheidend, um administrative Lasten zu minimieren. Letta unterstützt einen einheitlichen Regelungssatz für die Steuerbasis von Unternehmen und spricht sich für angepasste Rahmenbedingungen für große Unternehmensgruppen sowie für KMU aus. Zum Thema Bekämpfung aggressiver Steuerplanung, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung schlägt er vor, Artikel 116 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) heranzuziehen, um das Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Steuerpolitik zu umgehen. Dieser Artikel dient dabei als „Sicherheitsventil“, um Abweichungen in den nationalen Gesetzgebungen oder Praktiken zu korrigieren, die den Wettbewerb und Handel zwischen den Mitgliedstaaten negativ beeinflussen.

Zusätzlich betont Letta, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Steuerbereich notwendig ist. Die Bemühungen zu mehr Compliance im Bereich der MwSt.-Regeln (VAT) müssten verstärkt werden. Es sei auch wichtig, die laufenden Initiativen im MwSt.-Bereich abzuschließen. Ein europäisches Unternehmensgesetzbuch wird vorgeschlagen, um EU-weit den Rechtsrahmen für EU-Unternehmen zu vereinfachen und den Flickenteppich nationaler Gesetze zu ersetzen. In einem zweiten Schritt soll eine vereinfachte „Europäische Gesellschaft“ entstehen und



deren Anwendungsbereich auf wesentliche Rechtsbereiche wie Handels-, Gesellschafts- und Steuerrecht ausgedehnt werden.

Dem traditionell durch vier Grundfreiheiten geprägten Binnenmarkt (freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) soll eine "fünfte Freiheit" zugrunde gelegt werden, die sich auf den freien Datenverkehr und die Entwicklung europäischer Datenräume in Schlüsselsektoren konzentriert.

Bestehende Hindernisse für die berufliche Mobilität sollen durch eine Ausweitung der automatischen Anerkennung beruflicher Qualifikationen abgebaut werden. Der Bericht hält die große Unterschiedlichkeit der Reglementierungen innerhalb der EU als aktuelle Tatsache fest (explizit werden Anwälte, Ärzte und Krankenschwestern genannt) und erklärt, dass „eine solche Regulierung in vielen Fällen wichtig ist, um die Bereitstellung qualitativer und vertrauenswürdiger Dienstleistungen zu gewährleisten“. Diese Aussage ist zu begrüßen.

Zum Dienstleistungssektor wird empfohlen, bestehende „Hindernisse“ zu beseitigen, ohne allerdings konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Zukünftig sollten sektorenspezifische Strategien die bisherigen, oft gescheiterten generellen Ansätze ersetzen. Maßgeschneiderte, auf die spezifischen Bedürfnisse einzelner Dienstleistungsbranchen zugeschnittene Richtlinien seien effektiver, so der Bericht.

ETAF

Philippe Arraou als ETAF-Präsident bestätigt

Bei der jährlichen Generalversammlung der ETAF am 17. April 2024 wählten die Delegierten Philippe Arraou (CNOEC) zum vierten Mal zum Präsidenten der ETAF. Er wurde mit hundert Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Die Amtszeit läuft bis 2027. Nach den Statuten ist dies definitiv die letzte Amtszeit von Philippe Arraou. Als Vorstandsmitglieder ebenfalls wiedergewählt sind Volker Kaiser (BStBK, gleichzeitig Schatzmeister), Michael Korth (DStV), Benoit Vanderstichelen (ITAA, BE), Robert Sova (CECCAR, RO) und Andrea Rabb (Moklasz, HU). Thomas Kölblinger (KSW, AT) ist permanenter Gast im Vorstand.

Des Weiteren wurden die Aktivitäten der ETAF im vergangenen Jahr und im ersten Quartal 2024 erörtert. ETAF-Präsident Philippe Arraou berichtete, dass die ETAF an allen öffentlichen



Konsultationen der Europäischen Kommission zu Steuerfragen teilgenommen und sich maßgeblich am Gesetzgebungsverfahren zu mehreren Steuerelementen beteiligt habe. Darüber hinaus habe die ETAF an der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Rationalisierung der Berichtspflichten teilgenommen. Dabei seien der Kommission mehrere Empfehlungen unterbreitet worden. In berufsständischen Angelegenheiten habe sich die ETAF bis zum Schluss an der Diskussion zum Anti-Geldwäsche-Paket beteiligt. Ferner setze sie sich bei vielen Gelegenheiten wie z.B. Konferenzen für die Verteidigung der reglementierten Steuerberufe ein.



v.l.n.r.: Michael Korth (DStV), Volker Kaiser (BStBK), Philippe Arraou (ETAF-Präsident), Andrea Rabb (Moklasz), Benoît Vanderstichelen (ITAA), Michael Schick (Geschäftsführer des EU-Verbindungsbüros der BStBK)



ETAF-Frühjahrskonferenz: Steuerpolitik der nächsten Kommission

Am 17. April 2024 veranstaltete die ETAF in Brüssel eine [Konferenz](#) mit dem Titel „Towards a simpler, rationalised and future-proof EU tax system“. In seiner Eröffnungsrede stellte ETAF-Präsident Philippe Arraou das kürzlich veröffentlichte ETAF-Manifest vor und wies damit auf die Prioritäten und Kernproblematiken des steuerberatenden Berufsstands hin. In zwei Podiumsdiskussionen erörterten Vertreter von EU-Institutionen und Steuerexperten Herausforderungen, Erwartungen sowie Chancen im Zusammenhang mit der aktuellen und zukünftigen Steuerpolitik.

Im Rahmen der ersten Podiumsdiskussion, die von Elodie Lamer (Journalistin bei Tax Notes) moderiert wurde, diskutierten Benjamin Angel (Direktor für Direkte Steuern, Steuerkoordination, wirtschaftliche Analyse und Bewertung, DG TAXUD), MdEP Isabel Benjumea Benjumea (EVP, Spanien), Panayiotis Nicolaidis (Direktor für Forschung am EU Tax Observatory) und Bart Van Coile (Präsident des Belgischen Instituts für Steuerberater und Buchhalter, ITAA) über die bevorstehenden Initiativen der nächsten Europäischen Kommission. Laut Benjamin Angel liegt die erste Priorität der Kommission auf der Fertigstellung ausstehender Gesetzesinitiativen. Die zweite Priorität liegt auf einer „Entrümpelung“ bestehender Richtlinien und Verordnungen. Diesbezüglich ist im Mai eine Evaluierung von DAC1-DAC6 angedacht.

Während der zweiten Podiumsdiskussion, moderiert von Jacomien van den Hurk (Direktorin EU Public and Regulatory Affairs bei PwC), wurde die Perspektive der europäischen Steuerberater näher beleuchtet. Ana Xavier (Referatsleiterin Wirtschaftliche Analyse, Evaluierung und Unterstützung bei der Erstellung von Folgenabschätzungen bei DG TAXUD), Pascal Saint-Amans (ehemaliger Direktor des Zentrums für Steuerpolitik und Steuerverwaltung der OECD, non-resident Fellow bei Bruegel, Partner bei Brunswick), Sean Bray (Direktor für europäische Politik der Tax Foundation Europe) und Florin Toma (CECCAR) diskutierten ausführlich über die Komplexität der EU-Steuer-gesetzgebung, die Ankündigung der Europäischen Kommission, die Berichtspflichten für Unternehmen um 25% zu reduzieren, Steuertransparenz sowie die Auswirkungen der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz (KI) auf die Arbeit von Steuerberatern.



v.l.n.r.: Panayiotis Nicolaidis (EU Tax Observatory), MdEP Isabel Benjumea Benjumea (EVP), Bart Van Coile (ITAA), Benjamin Angel (DG TAXUD), Elodie Lamer (Tax Notes)



v.l.n.r.: Florin Toma (CECCAR), Ana Xavier (DG TAXUD), Sean Bray (Tax Foundation Europe), Pascal Saint-Amans (Bruegel, Brunswick), Jacomien van den Hurk (PwC)



ETAF präsentiert Manifest zur Europawahl 2024

Am 9. April 2024 veröffentlichte die ETAF ein Manifest, in dem die Prioritäten der ETAF-Mitglieder im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen dargelegt werden. Das in sechs Kapiteln gegliederte Dokument enthält 25 Empfehlungen an die nächste EU-Kommission und das Europäische Parlament:

1. Förderung der beruflichen Regulierung

Die ETAF setzt sich für die Einführung und Weiterentwicklung nationaler berufsrechtlicher Rahmenbedingungen in allen EU-Mitgliedstaaten ein. Dazu gehören die gesetzliche Regulierung der steuerberatenden Tätigkeit, die Sicherstellung hoher Zugangsqualifikationen sowie die Förderung von Berufsverbänden mit Pflichtmitgliedschaft und Sanktionsbefugnissen.

2. Schutz des Berufsgeheimnisses

Die Wahrung des Berufsgeheimnisses muss auch im Rahmen der EU-Gesetzgebung sichergestellt werden. Die ETAF fordert deshalb die Einhaltung nationaler Besonderheiten und setzt sich für eine Gleichbehandlung von Steuerberatern gegenüber Rechtsanwälten ein.

3. Reduzierung der Berichtspflichten

Bürokratieabbau muss permanent Anwendung finden und darf keine einmalige Angelegenheit sein. Die ETAF empfiehlt daher den konsequenten Einsatz bestehender Instrumente und betont außerdem die Bedeutung regelmäßiger Kosten-Nutzen-Analysen zu bestehenden Rechtsakten.

4. Der Berufsstand im digitalen Zeitalter

Die ETAF setzt sich für die Anwendung des Grundsatzes „Was offline illegal ist, sollte auch online illegal sein“ ein, um die Einhaltung der gleichen beruflichen, ethischen und qualitativen Standards zu gewährleisten, wie sie für herkömmliche Steuerberater gelten.

5. Tax Compliance und Allgemeinbildung in Steuerfragen

Die ETAF empfiehlt der nächsten Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, einen ganzheitlichen Ansatz zur Allgemeinbildung in Steuerfragen zu verfolgen. Diesbezüglich sollten Mitgliedstaaten spezielle Programme an weiterführenden Schulen einführen. Ferner sollten Möglichkeiten zur Stärkung von Tax Compliance erarbeitet werden.



6. Ein umfassender Ansatz zur Einbindung der Stakeholder

Die ETAF plädiert für einen inklusiven, umfassenden und strukturierten Ansatz zur Einbindung von Interessengruppen, um sicherzustellen, dass Expertenmeinungen eingehend berücksichtigt werden.

Das vollständige Manifest finden Sie [hier](#).



Herausgeber:

Bundessteuerberaterkammer
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Behrenstr. 42
10117 Berlin-Mitte

Redaktion:

RA Michael Schick
Geschäftsführer Büro Brüssel

Catharina Röttgers, M.Sc.
Junior-Managerin

Thomas Huschke, M.Sc.
Junior-Manager

25, Rue Montoyer
B - 1000 Brüssel
E-Mail: bruessel@bstbk.be